

An den Kreistagsvorsitzenden  
Herrn Claus Spandau  
Riversplatz 1 - 9

Vorlage Nr.: 0654/12022

35394 Gießen

Gießen, den 26. August 2022

### **Resolutionsantrag: UKGM in öffentliches Eigentum überführen!**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Spandau, die Fraktion Gießener Linke beantragt, der Kreistag möge folgenden Antrag beschließen:

- 1. Der Kreistag spricht sich - angesichts der einseitigen angekündigten Vertragskündigung durch den Rhön-Konzern - dafür aus, dass UKGM in öffentliches Eigentum zu überführen.*
- 2. Der Kreistag spricht sich für die Beibehaltung der derzeit gültigen Beschäftigungssicherung aus und gegen betriebsbedingte Kündigungen oder Ausgliederungen.*

### **Begründung:**

Im August ist bekannt geworden, dass die zu Asklepios gehörende Rhön-AG die bestehende Vereinbarung zwischen Land und Konzern aufkündigen will. Das Ziel des Konzerns ist es, mehr öffentliche Investitionsmittel zu erpressen, um Gewinne aus dem UKGM zu generieren und die Vorgaben zur Beschäftigungssicherung nicht mehr einhalten zu müssen. Bislang sieht der Vertrag vor, im Gegenzug für Landesmittel in Höhe von im Schnitt jährlich über 75 Millionen Euro, keine betriebsbedingte Kündigungen sowie Ausgliederungen zu veranlassen. Diese sind vertraglich abgeschlossen.

In 2006 hatte die Regierung unter Roland Koch (CDU), die ins Werk gesetzte Privatisierung des UKGM noch damit begründet, dass das Land Hessen von sämtlichen finanziellen Verpflichtungen befreit würde und ein privatisiertes Uniklinikum wesentlich kostengünstiger sei.

Das Gegenteil trat ein. Hessen hat ein Vielfaches des damals erzielten Verkaufserlöses von 112 Millionen Euro bereits dafür aufgebracht, das Uniklinikum und den wissenschaftlichen Apparat am Laufen zu halten. Ein großer Teil der Mittel sollte dabei Investitionen zugutekommen, die aber nicht im erwünschten Ausmaß getätigt wurden.

2021 »erwirtschafteten« die Rhön-Kliniken einen Gewinn von über 30 Millionen Euro. Während Mitarbeiterinnen des UKGM auf Demos monierten: „Es fehlt überall, gerade an den Geräten. Es fehlt an der Forschung, es fehlt an den Medizinerinnen, es fehlt vor allen Dingen in der Pflege.“

Am 14. Januar dieses Jahres hatten sich die Landesregierung und die Klinikeigner per Letter of Intent (LOI) auf Eckpunkte eines noch zu beschließenden Anschlussabkommens verständigt.

Danach sollen die Vorgaben zur Beschäftigungssicherung auch künftig Bestand haben und weitere Steuergelder im Gesamtvolumen von fast einer halben Milliarde Euro in den kommenden zehn Jahr in das UKGM fließen. Auch das war dem Rhön Konzern noch nicht genug. Angesichts dieser Erpressungsversuche und der fortwährenden Kosten und Unsicherheiten sollte eine Rückführung des UKGM in öffentliche Hand absolute Priorität haben und keine Frage mehr sein. Gesundheit gehört zur Daseinsvorsorge und ist keine Ware.

Mit freundlichen Grüßen



Reinhard Hamel  
Fraktionsvorsitzender



Desiree Becker  
stellv. Fraktionsvorsitzende